

ger Politik und harter Arbeit seitens Deutschlands. Und dieses gegenseitige Vertrauen, diese Freundschaft steht sinnbildlich für die Kontinuität und die Verlässlichkeit unserer Nation in der Völkergemeinschaft. Deutschlands Stimme ist eine Stimme der Vernunft in der Welt und findet deswegen Gehör. Konrad Adenauer hat mit der Bundesrepublik „aus den Trümmern der Stahlgewitter ein Haus der Ehre neu erbaut“, wie es der Publizist Wolfram Weimer formuliert hat.

Doch viele spüren, dass dieser Zustand womöglich nicht von Dauer, ja sogar trügerisch ist. Waren wir seit 1990 lange Zeit – um ein Bild des Historikers Christopher Clark aufzugreifen – „Schlafwandler“, haben wir die neuen Herausforderungen nicht gesehen und Krisen ignoriert? Oder sind „Angstkrisen“, wie sie der Historiker Frank Biess für die Bundesrepublik als wiederkehrende Elemente der deutschen Geschichte beschreibt, normal? Viele zweifeln daran, dass die Eliten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Lage sind, die aufziehenden Herausforderungen und Probleme zu lösen.

Die Coronapandemie führt uns drastisch vor Augen, wie fragil unsere Welt ist. Der erste Reflex, der Rückzug ins Private, ins Nationale, mag verständlich sein, suggeriert aber eine falsche Sicherheit. Die Globalisierung ist nicht die Ursache dafür, dass Covid-19 auch in Europa und anderen Teilen der Welt eine große Zahl an Opfern gefordert hat. Der Blick in die Geschichte lehrt, dass Krankheiten von der Pest, den Pocken bis hin zur Cholera immer ihren Weg um den Globus fanden, wenngleich die Zeitabläufe andere waren. Sosehr die Geschwindigkeit der Verbreitung uns heute besorgt, so sehr kann man konstatieren, dass die Welt heute über geeignete Mittel verfügt, um auch solchen Krisen zu begegnen – wenn man auf Zusammenarbeit setzt.

Unser Staat folgt seit Jahrzehnten der Prämisse, dass sein Handeln betriebswirtschaftlich nachvollziehbar sein muss. Aber

ist das nicht ein Holzweg? Der Staat ist kein Unternehmen, folglich kann man ihn auch nicht so führen wie einen Konzern. Es kommt nicht von ungefähr, dass eine der beliebtesten Verschwörungstheorien die von der Deutschland GmbH ist. Deutschland sei kein Staat, wir alle seien keine Bürger, sondern Angestellte, so kann man es im Internet in verschiedenen Variationen nachlesen. Wissend raunen dort Reichsbürger und andere, ein Beleg für diese Behauptung sei ja allein die Tatsache, dass wir alle über einen Personalausweis verfügen, der uns als Personal dieser GmbH ausweise und eben kein Nachweis unserer Identität als Deutsche sei. Das ist so krude, dass man es achselzuckend beiseitewischen könnte, wenn nicht solches Reden auf immer mehr fruchtbaren Boden fallen würde. Auch das ist ein Zeichen der Verunsicherung, der Angst und des mangelnden Wissens um sich selbst.

Zunehmend äußern Menschen Zweifel an unserer staatlichen Ordnung. Sie glauben nicht, dass die parlamentarische Demokratie und die föderale Bundesrepublik eingebettet in das geeinte Europa auf Dauer die aktuellen und kommenden Probleme bewältigen können. Aus dieser Sinnsuche resultiert die Frage nach unserer eigenen Identität und Rolle.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, die deutsche Einheit und das momentane Ansehen, die wirtschaftliche Stärke haben die Deutschen nicht selbstbewusst gemacht – im Gegenteil. Sorgen und Ängste werden laut. Manche sprechen von einer Spaltung der Gesellschaft, die sichtbar wird durch eine bisher ungekannte Zahl fremdenfeindlicher Anschläge und Gewalttaten sowie eine zunehmende Verrohung des Umgangs von Bürgern miteinander. Dem steht eine große Hilfsbereitschaft für Menschen in Not gegenüber, die unser Land so ebenfalls noch nie erlebt hat und die uns alle stolz machen sollte. Hinzu kommt, dass Deutschland weltweit ein Ansehen genießt wie nie zuvor. Das gilt auch für das

Vertrauen in die deutsche Politik, wie man anhand der Würdigung der Bundeskanzlerin durch das *Time Magazine* als „Kanzlerin der freien Welt“ erkennen kann. Nur die Deutschen trauen sich selbst offensichtlich nicht so recht.

Gleichwohl muss die Frage gestellt werden, wie sich Bürgerinnen und Bürger sowie der Staat und seine Institutionen auf Krisen vorbereiten bzw. vorbereitet haben. Unter den Staaten Europas und der westlichen Welt scheint Deutschland mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. Man gewinnt den Eindruck, dass wir Glück im Unglück haben. Die Pandemie ereilt unser Land zudem in einer Zeit, in der die Ausgangslage nicht hätte besser sein können. Man stelle sich vor, wir müssten solche massiven wirtschaftlichen Einschnitte und den dringend notwendigen Mehrbedarf im Gesundheitssystem in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und leerer öffentlicher Kassen stemmen!

Gerade jetzt sei die Zeit für Reformen und Veränderungen, mahnen manche. Bis vor kurzem war die Veränderungsbereitschaft in unserem Land gering ausgeprägt. Wer will sich schon etwas zumuten, wenn es vermeintlich gerade so gut läuft? Ein Beispiel hierfür war und ist die Autoindustrie. Erst die Proteste der jungen Generation, die Skandale und die Überheblichkeit der deutschen Autobauer sowie der Klimawandel zwingen nun die deutschen Autokonzerne zu Veränderungen, die dringend notwendig sind. Es bleibt offen, ob dieser wichtige Bereich unserer Volkswirtschaft die Weichen für die Zukunft richtig stellt.

Andere wieder leiden jetzt schon an den Veränderungen, die sich am Horizont abzeichnen und deren Herausforderungen mit den Flüchtlingen, die 2015 und 2016 in großer Zahl Deutschland erreichten, erstmals ein Gesicht bekommen haben. Da ist die Frage, wie man Wohlstand und Freiheit auf Dauer bewahren kann, gerade in unserer Zeit, mehr als berechtigt.

Das Festhalten am Vertrauten, das Suchen danach bestimmt das Denken. Wir haben nicht verinnerlicht, dass gerade unsere Gesellschaft ihren Erfolg nicht nur der Dynamik und Offenheit, sondern auch der Fähigkeit verdankt, schnell und flexibel auf Veränderungen zu reagieren. Die Bundesrepublik hat von ihrer Gründung über das Wirtschaftswunder, die 68er-Bewegung, den linken Terror, den Systemkonflikt mit der DDR bis hin zum Fall der Mauer und der Wiedervereinigung sowie zur folgenden europäischen Integration den Nachweis geführt, dass sie zu notwendigen Reformen und Veränderungen fähig ist.

Kriege und Krisen nötigen menschlichen Gesellschaften Veränderungen ab. Sie beschleunigen oft den Wandel. Wie steht es heute mit der Veränderungsbereitschaft und der Kraft für notwendige Umgestaltungen? Der Euro ist in der Staatsschuldenkrise nicht zerbrochen, aber ob die Reformen wirklich tragfähig für die Zukunft sind, bleibt offen. Müssen die Staaten, die sich einer gemeinsamen Währung bedienen, nicht auch konsequent für die gemeinsamen Schulden haften? Die Flüchtlingskrise des Jahres 2015, die sowohl die Schwächen des europäischen Asylsystems als auch den mangelhaften Schutz der Außengrenze der Europäischen Union offenbarte, endete zwar mit einer Reduzierung der Flüchtlingszahlen in Europa, aber es gibt weder ein neues funktionierendes Asylsystem in Europa noch einen gemeinsamen effektiven Schutz der Außengrenze, und so harrt die wunderbare Idee offener Grenzen in Europa der Vollendung.

Dauerhaft kann es offene Grenzen in der Europäischen Union nur geben, wenn sich die Europäer gemeinsam für den Schutz der äußeren Grenzen der EU verantwortlich fühlen. Und die Coronapandemie ist eben nicht nur eine Herausforderung der einzelnen Nationalstaaten in Europa, die vom Umfang und Zeitpunkt der Pandemie und ihrer Folgen unterschiedlich betroffen waren und sind, sondern es bedarf auch hier einer

europäischen Antwort, die nicht allein in Rettungspaketen bestehen kann, sondern die strukturelle Veränderungen nach sich ziehen muss.

Aber wir brauchen gar nicht kritisch anhand dieser drei Beispiele auf Europa zu schauen, wie wir das so oft tun. Fangen wir bei uns selbst an. Wo müssen wir uns ändern als Deutsche?

Zwei Dinge kann man nicht ändern: Geschichte und Geografie. Die Deutschen leben in der Mitte Europas und nicht auf einer Insel. Wir sind zu groß und wirtschaftlich zu stark, um uns auf uns selbst zurückzuziehen und einfach die Tür zuzumachen, wenn draußen der Wind of Change weht. Und wir haben auf der Suche nach unserem Platz auf diesem Kontinent in zwei verheerenden Weltkriegen nicht nur Unheil weit über Europa hinaus verbreitet, sondern selbst einen hohen Preis bezahlt. Die Bundesrepublik mit ihrer Bundeshauptstadt am Rhein, dem beschaulichen Bonn, war eine Antwort auf dieses blutige 20. Jahrhundert. Mit der Wiedervereinigung und dem Umzug der Regierung nach Berlin sollte sich nicht viel ändern, so die stille Hoffnung manches Vertreters der alten Bundesrepublik. Doch in dem Maße, in dem sich die Welt um die Deutschen herum wandelt, ließ und lässt sich diese Idee einer nun lediglich etwas größeren Bundesrepublik, die international in einer eher zurückhaltenden Rolle verharret, kaum aufrechterhalten.

Auch zu glauben, wie es vielfach stillschweigend angenommen wurde, der Osten würde sich lediglich „integrieren“ müssen, und dann könne man die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik fortschreiben, erweist sich zunehmend als falsche Annahme. Es war voraussehbar, dass ein Volk nach über 40 Jahren der Teilung und unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Erfahrungen ein tendenziell unterschiedliches Verständnis von Freiheit und der Rolle des Staates entwickelt. Die deutsche Einheit ist daher längst nicht nur eine Frage gleicher